

12. 10. 64

Original I

Guten ~~Abend~~^{Tag}, diese Meldung ging ~~vor etwas mehr~~^{am Sonntagabend}
~~als 24 Stunden~~ über das Westfernsehen. Mancher
Zuschauer mag sich da gewundert haben, denn
zum selben Thema waren zwei Tage lang allerlei
laute und starke, vor allem aber lautstarke
Bemerkungen gemacht worden. Zwei davon habe
ich für Sie aufgehoben, hier sind sie:

Original II

Passierscheinwillkür, Besuche sollen kontingentiert werden, Verstoß gegen das Abkommen. Was hatten sich denn die bösen Kommunisten diesmal wieder ausgedacht? ^(um die Leute zu ärgern) Offenbar eine pure Schikane - so sagen es jedenfalls die Meldungen des Westfernsehens. Kein Wort darüber bei dieser ach-so-freien Information, daß es vielleicht ernsthaftere, durchaus sachliche Gründe geben könnte, den Strom der Besucher vernünftig zu lenken, - eben im Interesse dieser Besucher.

Dabei brauchte man sich nur an das zu erinnern, was der Pressechef des Westberliner Senats, Egon Bahr, vor noch nicht einmal drei Wochen zu diesem Thema gesagt hat.

Die Adlershofer haben auch das aufgehoben als kleine Gedächtnisstütze für ^{deutsche} Westberliner Fernsehredakteure. Bitte schön!

Original III

Ja, Schlangen und unnötige Wartezeiten sollten vermieden werden. Und zwar, - Senatspressechef Bahr hat es ausdrücklich betont - sowohl bei Antragstellung und Passierscheinabholung wie auch beim eigentlichen Besuchsvorgang - das etwa waren seine Worte.

Folglich haben die DDR-Angestellten durchaus im Sinne dieser Vereinbarungen - und damit im Sinne der Westberliner Besucher gehandelt, wenn sie eine übermäßige Konzentration auf bestimmte Besuchstage von vornherein zu vermeiden suchten.

Im Schwarzen Kanal des Westfernsehens aber heißt das: Die Kommunisten haben Besuchsanträge für bestimmte Tage einfach zurückgewiesen, so als handele es sich um irgendeine Schikane.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, diese von ~~den~~ Bourgeois Meinungsmachern ~~Westfernsehens~~ (wider besseres Wissen verstümmelte Information, sollte schon richtiger eine gezielte und gewollte Falschinformation genannt werden, denn das ist sie, nur berechnet darauf, unter den Westberlinern Unruhe und Besorgnis auszulösen, vielleicht gar Gefühle aufzupeitschen, Haß zu schüren! Aber warum das alles? Wer kann daran interessiert sein? Die Westberliner, die ihre Verwandten besuchen wollen, doch ganz offenbar nicht! Über eine halbe Million Anträge waren von ihnen schon nach den ersten 8 Tagen gestellt worden.

Original IV

Das war eine Sendung vom Sonnabendnachmittag. Haben Sie bemerkt, wie sich da ganz sachte ein Umschwenken ankündigt. Da ist auf einmal die Rede von "Meinungsverschiedenheiten" bei der Auslegung des Abkommens". Vorher hieß es immer, darüber ist nie gesprochen worden. Nebenbei bemerkt hatte Staatssekretär Erich Wendt bereits am 24. September in der Pressekonferenz nach Unterzeichnung des Abkommens mit aller Klarheit über diese Vereinbarung informiert.

Original V

Keine beneidenswerte Aufgabe, der sich Herr Hanel da ~~vorgestern~~ ^{am Samstag} abend zu unterziehen hatte.

Erstens - hat der Senat keinen Einfluß nehmen können.

Zweitens - war besprochen worden, daß die DDR-Behörden Einfluß nehmen, indem sie die Antragsteller auch auf andere, weniger überlaufene Tage verweisen.

Drittens - war das mit dem Senat nicht besprochen worden, was schon daraus hervorgeht, daß es nicht schriftlich fixiert worden ist.

Viertens - hat die DDR in den Besprechungen angedeutet, daß sie Maßnahmen zur Lenkung des Besucherstroms ergreifen wird.

Da kann sich nun jeder aussuchen, was ihm gefällt. Aus dem lauten Geschrei über die "Passierscheinwillkür" der Kommunisten war innerhalb 24 Stunden ein Eiertanz zwischen halben Wahrheiten und halben Eingeständnissen geworden. Die DDR war gar nicht der Buhmann, zu dem man sie so gern gemacht hätte. Das mußte sich Herr Höfer in seiner ~~gestrigen~~ ^{letzten} Sonntagsrunde von ausländischen Kollegen mit aller Deutlichkeit unter die Nase reiben lassen.

Original VI

Ja, mit dieser lakonischen Bemerkung wurde dann ~~gestern~~^{an Samstag abend} der Schlußpunkt hinter das Kapitel "Kommunistische Passierscheinwillkür" gesetzt.

Und nun könnten wir sagen: Gut - die Verleumdungen und Entstellungen sind widerlegt, die Tatsachen haben sich durchgesetzt, die Vernunft hat gesiegt - gehen wir zur Tagesordnung über.

Ich glaube, wir sollten das nicht tun, und besonders Sie, verehrte Zuschauer in Westberlin, sollten das nicht tun. In der vergangenen Woche hat der westdeutsche Kanzler Erhard in Westberlin eine Pressekonferenz abgehalten. Dabei fiel ein Wort, das gerade Sie in Westberlin hellhörig machen sollte.

Original VII

Das Passierscheinabkommen ist für Erhard kein Anlaß zum Jubeln. Sonst könnte jemand glauben, Bonn beginne sich nun mit den Realitäten abzufinden. Das sei nicht der Fall.

Das sagt nicht irgendwer - das sagt der westdeutsche Regierungschef.

Das sagt er nicht irgendwo - sondern in Westberlin.

Das sagt er auch nicht irgendwann - sondern zwei Tage nach dem Mord an unserem Unteroffizier Egon Schultz. Erhard erteilt damit dem Mörder nachträglich den regierungsamtlichen Bonner Segen.

Und daß zwei Tage nach dieser Pressekonferenz von westdeutschen und Westberliner Zeitungen die Hetzkampagne gegen die "Ostzonale Passierscheinwillkür" begann - das soll purer Zufall sein?

Wer ist wohl so naiv, das zu glauben?

Nein - diejenigen, denen das Passierscheinabkommen nicht in den Streifen paßt, weil es Verständigung bedeutet und weil mit Verständigung keine Atomrüstung durchzusetzen ist, die wollen zum Sturm antreten gegen die Verständigung. Unteroffizier Egon Schultz wurde ihr Opfer. Das Westfernsehen aber sieht seine vornehmste Aufgabe darin, die Tatsachen so lange es irgend angeht, zu

wörtlichen

verschleiern. Achten Sie bitte einmal genau auf die Formulierungen in den folgenden vier Ausschnitten aus Informationssendungen des Westfernsehens vom 5., 6., 7. und 11. Oktober.

Zuerst haben Augenzeugen gesehen, daß die "Fluchthelfer" - welch' geschickte, verharmlosende Umschreibungen das Westfernsehen doch findet, wenn von bewaffneten Banditen die Rede ist - daß also diese ^{soq.} ~~Fluchthelfer~~ gar keine Schußwaffen bei sich tragen.

Dann bequemt man sich zu der Version, daß es einen "Schußwechsel" gegeben habe, wobei der Unteroffizier Egon Schultz ums Leben gekommen sei. Also: Die ~~Fluchthelfer~~ ^{Banditen} waren bewaffnet, und sie haben auch geschossen. Aber wessen Schüsse nun den Unteroffizier Egon Schultz getroffen haben, das weiß das Westfernsehen nicht zu sagen.

Das nächste Mal ist dann schon nicht mehr vom "Schußwechsel" die Rede, da hat nur noch einer geschossen, und zwar einer der ~~Fluchthelfer~~ ^{Banditen}. Der will nämlich gesehen haben, daß Unteroffizier Schultz zur Waffe griff - er schoß nicht, er griff zur Waffe - und das gilt offenbar als ausreichender Grund, einen Menschen zu ermorden. Das Westfernsehen drückt sich allerdings eleganter aus: ~~einer der Fluchthelfer~~ ^{er} machte "daraufhin von seiner Schußwaffe Gebrauch".

Und am Ende schließlich steht die uneingeschränkte Rechtfertigung für den Mörder: Es war Notwehr!

Wie soll man diese gewissenlose Informationspolitik des Westfernsehens nennen? Ist das nicht Ermunterung, wenn nicht gar unverblümete Aufforderung zu neuen Gewalttaten ^{soq.} ~~dieser~~ "Fluchthelfer". ~~Sie sich noch dazu~~ ~~der~~ Duldung und Unterstützung durch den Westberliner Senat! ~~und~~ Das alles geschieht mit

Außerdem übrigens, was da in Westberlin so alles mit geladenen Pistolen in der Tasche herumlaufen darf, und woher diese Leute Schusswaffen bekommen. ~~und~~

Jawohl, der Senat weiß davon. Er weiß auch,
daß Westberliner Polizeibeamte ^(mit Funkgeräten) als Helfershelfer
fungiert haben, daß Westberliner Organisationen
als Geldgeber aufgetreten sind. Er weiß das alles -
und er billigt es.

Muss man nicht fragen:

Was beabsichtigt der Senat mit diesem Doppelspiel?

Will er sich durch die Unterstützung dieser
bewaffneten Banditen die Gunst der extremistischen
Kreise zurückgewinnen, die den Senat wegen des
Passierscheinabkommens unter Feuer genommen haben?

Das kann nicht gutgehen!

Der Westberliner Senat wird sich entscheiden
müssen: Entweder Grenzprovokationen oder
Passierscheine. Beides zugleich kann man nicht
haben!

Das sollten auch Sie, meine Damen und Herren
in Westberlin, bedenken - und Sie sollten
dementsprechend handeln.

Die mahnenden Worte, die der Stellvertreter des
Vorsitzenden des Ministerrates Alexander Abusch
vor drei Wochen an den Westberliner Senat
richtete, sind nicht in den Wind gesprochen.

12.10.64

Schwarzer Kanal

1. EPI
2. SF Passierscheine 5 Ost-Berlin für bestimmte Tage BILDSCHNITT kontingiert werden.
3. Original Grote
4. SF Passierscheine 1
Passierscheine 3 wehrt sich der Senat gegen die BILDSCHNITT Passierscheine willkür.
5. Original Grote
6. SF Bahn 3,4,2 vermieden werden sollten. Daß unnötige BILDSCHNITT Wartezeiten vermieden werden sollen.
7. Original Grote
8. SF Passierscheine 7 Anträge für eine Reihe bestimmter Tage BILDSCHNITT entgegenzunehmen.
9. Original Grote
10. SF Wandt
Passierscheine 4 Den Versuch unternommen werde, den BILDSCHNITT Besucherstrom zu lenken.
11. Original Grote
12. SF Planung 2,3,1
Passierscheine 6 An bestimmten überfüllten Tagen BILDSCHNITT kontingiert werden.
13. Original Grote

14. SF Erhardt 1 Sie wissen, daß das BILDSCHNITT nicht der Fall ist.
15. Original Grote
16. SF Anschlag 5,1,3,4 hat einer der Fluchthelfer offenbar in Notwehr von der Waffe BILDSCHNITT Gebrauch gemacht.
17. Original Grote
18. SF Anschlag 6 Und der Senat muß ja wissen, daß es jedes-BILDSCHNITT mal so passiert.
19. Original Grote
20. SF Abusch friedliche Durchführung der Verwandtenbesuche gefährden könnte.
21. Epi